

4699/J XX.GP

Anfrage

der Abgeordneten Ridi Steibl, Dr. Gertrude Brinek, Dr. Sonja Moser - Starrach und Kollegen

an die Frau Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend: Ergebnisse des informellen EU - Arbeits -, Sozial - und Frauenministerrates in Innsbruck

Am 9. und 10. Juli 1998 fand der erste informelle EU - Ministerrat unter österreichischem Vorsitz in Innsbruck statt. Die Arbeits -, Sozial - und Frauenminister der EU berieten unter dem Vorsitz von Frau Bundesminister Mag. Prammer und Frau Bundesminister Hostasch das wichtige Thema "Chancengleichheit und Beschäftigung in der Europäischen Union".

Die Wichtigkeit des Themas des Ministerrates wurde in der aktuellen Stunde des Nationalrates am 7. Juli 1998 von allen Rednern betont.

Als besondere Schwerpunkte wurden von Frau Bundesminister Mag. Prammer die Themen der Versorgungsarbeit, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Frauenbeschäftigung und der Beseitigung der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen erwähnt.

In ihrer Wortmeldung anlässlich der aktuellen Stunde versprach Frau Bundesminister Mag. Prammer die Entwicklung von gemeinsamen Strategien innerhalb der Europäischen Union zur Verbesserung der Beschäftigungssituation von Frauen. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Frau Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen im Hinblick auf eine Verbesserung der Beschäftigungssituation von Frauen wurden beim informellen Ministerrat in Innsbruck entwickelt und gesetzt?
2. Welche konkreten Schritte werden Sie zur Verbesserung der Beschäftigungssituation der Frauen in Österreich setzen?

3. Konnte eine gemeinsame Position erarbeitet werden, um die immer größer werdenden Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen zu bekämpfen? Wenn ja, wie lautet sie?
4. Gibt es Bestrebungen auf Europäischer Ebene, bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen? Wenn ja, wie sehen sie aus?
5. Auf welchem Wege werden Sie die Volksvertreter und Volksvertreterinnen, die Gleichbehandlungsbeauftragten und Frauenreferentinnen der Länder informieren und miteinbeziehen?